



Eine Stadt(-hälfte) im Streit um ihre Versorgung  
oder „Widerstand ohne Belegschaften“

## Vorgeschichte

**2018 – Katholische Kliniken Essen (3 Krankenhäuser/2000 Beschäftigte/500 Betten) werden von Contilia übernommen**

### Verlautbarungen 2018

*Der neue Klinikverbund wurde offenbar nicht dazu gegründet, Stellen abzubauen. Vielmehr stehe die Arbeitsplatzsicherung im Vordergrund, versichern Dr. Dirk Albrecht aus der Contilia-Geschäftsführung und Wilhelm Hermann, Aufsichtsratsvorsitzender des Katholischen Klinikums.*

*Contilia-Geschäftsführer: „Große Verbände sind der richtige Weg, um auch in der Zukunft eine optimale medizinische Versorgung zu garantieren“*

*Ich sehe die Zusammenarbeit als Wachstumschance im medizinischen Bereich“, sagt Prof. Birgit Hailer, stellvertretende Ärztliche Direktorin*

**2019 – Contilia legt diverse Umstrukturierungspläne mit Neubauperspektiven vor**

**Januar 2020 – Contilia gibt bekannt, die Krankenhäuser verkaufen zu wollen**

*Die Neubewertung komme zu dem Ergebnis, dass die Contilia „trotz ihrer erfolgreichen Entwicklung in den vergangenen Jahren“ die KKE an „einen neuen Gesellschafter abgeben“ müsse. „Dies geschieht aus Verantwortung, dass die KKE GmbH mit ihren Standorten der Garant für die Gesundheitsversorgung für die Menschen im Essener Norden ist.“ Unverändert sei die Überzeugung, „dass das entwickelte Konzept für die Gesundheitsversorgung der Menschen im Essener Norden richtig und nachhaltig ist“. Dies gelte auch für den geplanten Krankenhausneubau.*

**Juni 2020 – Contilia erklärt zwei der drei Krankenhäuser zu schließen**

**September 2020 – Marienhospital Essen wird geschlossen**

**Dezember 2020 – St. Vincenz wird geschlossen**

## **Bürgerbegehren:**

**Frühjahr 2020** Gründung Krankenhausesentscheid Essen – Ziel Bürgerentscheid

**27. Juli 2020** Einreichen des Bürgerbegehrens zur rechtlichen Prüfung

**Verschleppung der Stadt bis hinter die Kommunalwahl im September 2020, Stadt stellt Zulässigkeit in Frage und verweigert dann Kostenschätzung, die Grundlage für das Bürgerbegehren ist, Krankenhausentscheid klagt**

**3. März 2021** Verwaltungsgericht entscheidet, dass Kostenschätzung vorgelegt werden muss

**1. Mai 2021** Offizieller Start des Bürgerbegehrens





Wir sind hier,  
wir sind laut,  
weil IHR uns den  
Kreißaal klaut !

Kreißaal retten  
UND  
die Betten



Nur noch  
virtuell.

aufst  
KL  
BE  
BE  
Spahn

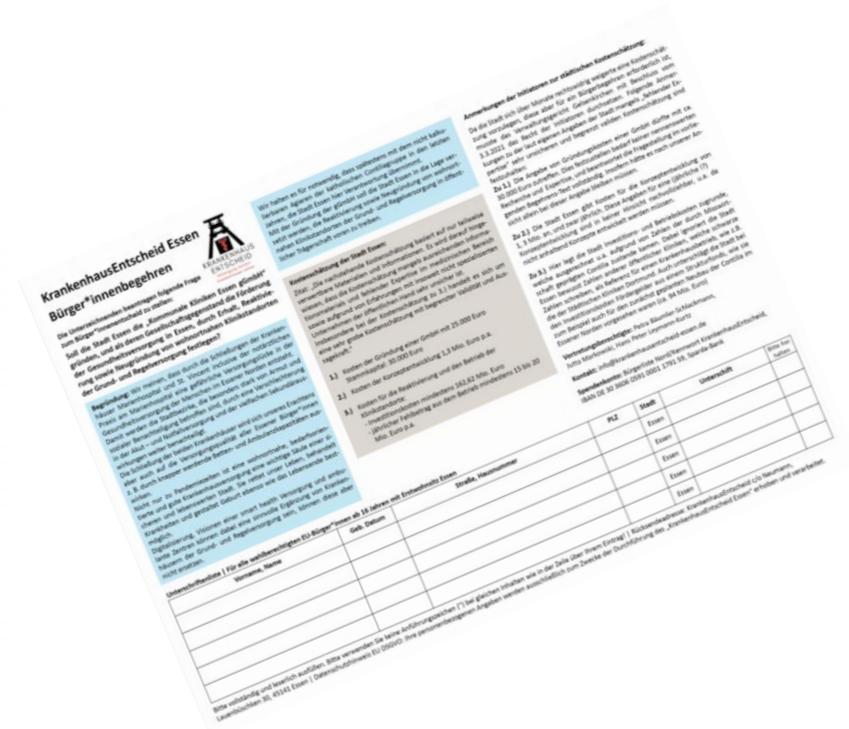
# KrankenhausEntscheid Essen

## Bürger\*innenbegehren



Die Unterzeichnenden beantragen folgende Frage zum Bürger\*innenentscheid zu stellen:

Soll die Stadt Essen die „Kommunale Kliniken Essen gGmbH“ gründen, und als deren Gesellschaftsgegenstand die Förderung der Gesundheitsversorgung in Essen, durch Erhalt, Reaktivierung sowie Neugründung von wohnortnahen Klinikstandorten der Grund- und Regelversorgung festlegen?



Unterstützer\*innen: VDK, AWO, Naturfreunde, ver.di, SPD, Die Linke, DKP uVm., weitere Initiativen stoßen dazu... Mobilisierung läuft weiter, seit 1. Mai 4.000 Unterschriften gesammelt, notwendig sind 14.400 sind erreichbar, aber brauchen viel Engagement.

Aber auch Gegenbewegung, z.B. Grüne Essen: „Wir werden bei den Menschen keine falschen Hoffnungen wecken, ein städtisches Krankenhaus macht keinen Sinn.“

## Herausforderungen:

- ⇒ Kampf zu spät? Widerstand ohne Belegschaften
- ⇒ Auswirkungen auf Nachbarkrankenhäuser diffus
- ⇒ Kampfziel formal klar, aber mit Widersprüchen
  
- ⇒ Verrechtlichung der Auseinandersetzung, rechtliche Hürden des Bürgerbegehrens/-entscheids
- ⇒ Kommunalfinanzen beim Bürgerentscheid
  
- ⇒ Wechselwirkung zu Krankenhausplanung
  
- ⇒ Krankenhausentscheid in Großstädten schwierig, aber möglich. Übertragung in Peripherie oder viele parallele solcher Auseinandersetzungen kaum vorstellbar

## Thesen:

- 1.) Diese kommunalen Kämpfe sind wenn sie entstehen nur sehr schwierig zu gewinnen und nur das Ende von verlorenen Auseinandersetzungen auf anderen Ebenen (KH-Finanzierung, -planung). Deshalb sind wir gezwungen, auf diesen Ebene zu gewinnen.
- 2.) Wir werden trotzdem Strukturen für Auseinandersetzungen vor Ort aufbauen müssen, sowohl für Verteidigungskämpfe, primär aber für den Streit um die zukünftigen Versorgungsleistungen und -strukturen